

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit CO₂-Sonderdruck

Der CO₂-Irrsinn

2

Eingabe der Zweihundert

12

Corona-Politik des Bundesrates stoppen!

21

Frühling bei Oberhallau SH

Bild: Barbara Steinemann, Watt b. Regensdorf ZH



CO₂-Gesetz verschleudert sinnlos Milliarden

Der CO₂-Irrsinn

von Stephan Amacker, dipl. Maschinening. ETH, Neftenbach ZH

Die weltweiten Klimaveränderungen verunsichern die Menschen hauptsächlich deshalb, weil damit Angst und Panik verbreitet wird. Der Vorwurf, den man den Protagonisten dieser neuen Panikwelle machen kann: Sie übernehmen unkritisch die Aussagen des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), welches die Thesen zum Pariser Abkommen geliefert hat.



Diese Organisation behauptet, die Erhöhung der globalen Temperatur bis 2050 auf 1,5°C beschränken zu können, lediglich durch die Reduktion von Treibhausgasen (CO₂, Methan, Ozon, Wasserdampf, etc.). Diese Forderung wurde unkritisch durch den Bundesrat übernommen und soll – mittels

einer gewaltigen Umschichtung von Geld – die Umweltagenda der Schweiz für die nächsten 29 Jahre und darüber hinaus bestimmen. In der Energiestrategie 2050 wurde die CO₂-Reduktion als mögliche Massnahme erwähnt, dem Volk wurden die Konsequenzen jedoch verschwiegen. Noch vor der Abstimmung vom kommenden 13. Juni müssen die Fakten zu den Kosten auf den Tisch gelegt werden, damit das Schweizer Volk den Nutzen beurteilen kann.

Versagen der Wissenschaft

Einzig und allein die Treibhausgase sollen für die beobachtete Temperaturerhöhung der letzten Jahre verantwortlich sein. Im Vordergrund steht das CO₂, obwohl sein Effekt neunmal schwächer ist als beispielsweise die Luftfeuchtigkeit. Dass dieser These eine solche Bedeutung zugemessen wird, zeigt ein völliges Versagen der Wissenschaft: Ihre Aufgabe ist das Prüfen von Vermutungen und nicht, wie hier geschehen, das einseitige Stützen von abstrusen Computermodellen ohne klare Grundlagen, die aber wegen dem geltenden «Main Stream Terror» seit Beginn nicht hinterfragt werden durften.

Warnschuss

us. In Bern beobachtet eine Spezialisten-Equipe des VBS Tag für Tag die Bedrohungslage – national und international. Alle zwei Jahre präsentiert sie eine Art «Bedrohungs-Rangliste»: Welche Gefahr bedroht die Schweiz gegenwärtig am stärksten? Wissen Sie, welche Bedrohung Ende 2020 als die gefährlichste eingeschätzt wurde? Der Zusammenbruch des Stromnetzes!

Doch mit dem CO₂-Gesetz sollen den Bürgern Millionen an Gebühren abgezockt werden, auf dass traditionelle, sichere Energieträger verteufelt, unsichere, laufend von Schwankungen betroffene alternative elektrische Energieträger dafür zum Evangelium verklärt werden. Als ob die Schweiz auf sichere und kostengünstige Energie verzichten könnte.

Untersuchungen zu weiteren Effekten, die das Klima beeinflussen, wurden eben erst gestartet, und alle Beteiligten äussern sich klar: Man kann noch nichts Definitives aussagen. Bestes Beispiel sind die Meeresströmungen im Atlantik, die sich um Hunderte von Kilometern nach Norden verschoben haben und dort die Gletscher zum Schmelzen bringen. So wurden die Verlagerungen der Jetstreams und Meeresströmungen zwar festgestellt, aber noch können keine Schlussfolgerungen zu den Ursachen gezogen werden.

Fehlende Zusammenarbeit

Nicht erfolgt ist auch notwendige Zusammenarbeit von Fachleuten auf den Gebieten der Physik, Chemie, Geologie, Meeresforschung, Windforschung, Meteorologie, Strahlenforschung und Weltraumforschung – ebenso fehlen bislang die wichtigen Interaktionen zwischen den Einflussgrössen, um die wichtigsten zu nennen. Kurzum, die vielen und äusserst komplexen Zusammenhänge beim Klima sind noch nicht schlüssig bekannt. Aber der Patient bekommt bereits die mutmassliche und ruinöse Medizin, die CO₂-Reduktion.

Konkrete Vorwürfe

Dem Bund und den Vertretern der Klimaaktivisten kann man verschiedene happige Vorwürfe machen:

- Sollte sich die CO₂-Hysterie wegen ungenügender Forschung über die Ursachen der globalen Temperaturerhöhungen als Fehleinschätzung erweisen, besteht kein Plan B. Wertvolle Zeit zur Suche nach



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCotex AG – 041 799 50 00



ändern Ursachen und zur Bedeutung des Klimawandels wird vergeudet.

- Das CO₂ mit dem Begriff Klima gleichzusetzen ist unredlich, denn es existieren sehr viele Einflussfaktoren, die für die Bildung des Klimas verantwortlich sind. Dem Volk weiszumachen, man müsse nur an der CO₂-Schraube drehen, um das Klima zu verändern, ist grundlegend falsch.
- Mit den vorgesehenen Massnahmen werden riesige Geldmengen in den Sand gesetzt. Selbst wenn das CO₂ einen Einfluss auf das Klima hat, kann die Schweiz keine messbare Veränderung bewirken.
- Dieses Projekt ist trotz seiner durch das Pariser Abkommen definierten weltweiten Bedeutung stümperhaft aufgebaut: Es fehlen Zwischenziele, Haltepunkte, Korrekturfunktionen, Schliessung der Wissenslücken und vieles mehr. Ein derart organisiertes Projekt gehört an den Absender zurückgeschickt.
- Das Klima ist generell für alle Menschen wichtig, und ein das Klima betreffendes Projekt darf keinesfalls von ideologisch geprägten Kräften gesteuert werden. Deutlicher Hinweis dafür ist die reflexartige Bezeichnung von Kritikern der IPCC-Thesen als «Klimaleugner». Wer nichts zu verbergen hat,

LACHEN VERBOTEN!



E Päärli us em Appezeller Land, wo hät wele e chli meh besser sy, isch bimene andere Päärli zZüri zom Znacht iiglade. Da froget die Zürcher Frau sAppenzeller Päärli: «Kenned Si de Beethoven?» «Ja sälbverständli», säät de Ma, «mit dem bini grad letschi im Zweierträmmli zom Bahnhof gfare.» Es isch denn en Moment ruhig worde. Wo dAppezeller uf em Heiwäg sind, säät die Frau zom Ma: «Du bisch au no en Totsch. Jetzt wüssed die doch, dass mir nid wüssed, wer de Beethoven isch. S Zweierträmmli fahrt ja gar nid zom Bahnhof!»

greift nicht zu solchen Argumenten – sonst beweist er dadurch eine unwissenschaftliche Grundhaltung.

- Unseriös ist das Verhalten der Politikergruppierung, die nicht mehr diskutieren wollen, sondern gebetsmühlenhaft die CO₂-These predigen und genau wissen, dass sie wegen der langen Zeiträume nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können.
- Auffallend ist das geringe Wissen der Vertreter der Klimaaktivisten, die kaum in der Lage sind, konkrete

Fortsetzung auf Seite 5

Die CO₂-Politik der links-grünen Brigaden

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Fragen zu beantworten. Das lässt den Schluss zu, dass sie mit verdeckter Agenda operieren, den Bürger für dumm verkaufen und dass es ihnen um reinen Machtgewinn für ihre Zwecke geht.

Ausweg aus der Sackgasse

Das Verbrennen der fossilen Brennstoffe (Öl, Gas) ist unbestritten ein Umweltproblem wegen der Luftverschmutzung durch Feinstaub, Russ und Schwefel. Insbesondere in Industriegebieten bilden diese Partikel eine Gefahr für die Atemorgane und erzeugen Schleierwolken in der Stratosphäre, welche die Strahlung beeinflusst. Das dabei erzeugte CO₂ ist zwar ein Treibhausgas, dessen Auswirkung jedoch aus den erwähnten Gründen hinterfragt werden muss. Unbestritten ist das CO₂ einer der wichtigsten Stoffe für das Wachstum der Pflanzen, also eine lebenswichtige Komponente in der Natur. Mit einem aktuellen Anteil von 400 ppm (0,04%) in der Luft ist die optimale Menge für das Wachstum der Pflanzen noch nicht erreicht, was durch die Erhöhung des CO₂-Anteils in Gewächshäusern genutzt wird.

Die Ablösung der fossilen Brennstoffe ist ein wichtiges Zukunftsprojekt. Dieses muss jedoch in wirtschaftlich verträglichen Etappen mit einer besseren Planung ablaufen, als dies am Beispiel des CO₂ durch den Bund und ideologisch motivierte Klimaaktivisten demonstriert wird.

Fazit

Die CO₂-Problematik steht eng im Zusammenhang mit den fossilen Brennstoffen und ist in Wirklichkeit ein Verschmutzungsproblem der Umwelt, welches mit einem neuen Ansatz gelöst werden muss. Zunächst gilt es aber, das unsinnige CO₂-Gesetz abzulehnen, denn es verschleudert viele Milliarden Franken ohne jeden Effekt im Sinne seiner Zielsetzung. Es ist finanzpolitisch fahrlässig, den riesigen Schuldenberg aus der Corona-Pandemie zusätzlich noch mit dieser milliardenschweren Hypothek zu belasten. Dieses Geld wird besser in die Forschung zu den Ursachen des Klimawandels, in die Wasserwirtschaft, die Energieversorgung und in den Umweltschutz investiert.

Stephan Amacker



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Hört Bern nur auf Gewalt?



Seit Monaten sind die Tatsachen bekannt. Aber monatelang hat sie der Bundesrat auf die leichte Schulter genommen: Zusammen mit den durch Corona am stärksten gefährdeten und deshalb der Tragik des Wegschliessens unterworfenen Senioren, zusammen mit den seit Monaten von allen Einnahmen behördlich abgeschnittenen KMU-Betrieben leiden Jugendliche am stärksten unter der Wegsperrpolitik Bundesberns.

Einige mögen einwenden, es erweise sich da eine Jugend, die bei Äusserungen von Wünschen in der Vergangenheit das Wort «Nein» nie habe kennenlernen müssen, angesichts einer gewissen Notlage als nicht wirklich lebensauglich. Tatsache bleibt indessen: Echte, unlösbare Bettennot infolge Corona ist in Akutspitälern – obwohl oft beschworen – nie eingetreten, während eine ganze Reihe psychiatrischer Kliniken seit Monaten aus allen Nähten platzen.

Das hat zu Bern niemanden interessiert und niemanden beunruhigt – bis Jugendliche Protestdemonstrationen kürzlich in Gewalt ausarten liessen.

Seither ist «Jugendnot» Medienthema. Und Karin Keller-Sutter, wie immer aalglatte Opportunistin, gibt sich im Radio wortreich als Anwältin der Jugend-Interessen...

Derweil geraten immer mehr KMU-Betriebe, die ihnen auferlegte Beschränkungen (Abstands-Regeln, Maskenpflicht, zahlenmässige Kunden-Beschränkung) aufs sorgfältigste eingehalten haben, die ihre von Kunden genutzten Räume also nie zu Ansteckungsherden verkommen liessen, immer verhängnisvoller in die für sie tödlich werdende Spirale existenzzerstörender Stilllegungs-Politik der Bundesverwaltung.

Sie würden dafür finanziell entschädigt, blocken die Funktionäre des Bundes die zunehmende gewerbliche Existenzangst ab. Als würden versprochene Zahlungen Kunden einfach zurückgewinnen lassen, die sich notgedrungen nach anderen Bezugsquellen für ihre Bedürfnisse umsehen müssen.

Aufgrund der Wirkung der in Gewalt ausgearteten Jugend-Demonstrationen muss sich Bundesbern allen Ernstes fragen lassen: Geruhen Verwaltungsfunktionäre und Bundesratsmehrheit ihre KMU-Vernichtungspolitik erst aufzugeben, wenn die davon Betroffenen mit Gewalt reagieren?

Ulrich Schluer

**Spalte
rechts**

Präsenz zeigen!

Fahnen-Banner gegen den UNO-Pakt und gegen das EU-Rahmenabkommen.

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) setzt sich seit 1986 für eine unabhängige, souveräne, direktdemokratische und neutrale Schweiz ein.

Deshalb sagt die AUNS Nein zum Rahmenabkommen mit der EU und Nein zum UNO-Migrationspakt.

Fahnen jetzt sofort bestellen, ans Fenster, an die Hauswand, den Gartenzaun oder an die Fahnenstange hängen!

Unsere Fahnen sind aus wetterfestem Fahnenstoff, 100 x 60 cm gross und haben für das einfache Anbringen mehrere Ösen. Kosten 25.- pro Fahne, Verpackung/ Versand inbegriffen.

Bestellen auf www.auns.ch
oder telefonisch: 031 356 27 27
oder via E-Mail: aktion@auns.ch
(Lieferung gegen Vorkasse).



AUNS
ASIN
ASNI
www.auns.ch



Aus der Reihe: Held der Linken

Der «Öko-Terrorist»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Linken haben eigenartige Helden. Zum Beispiel den «politischen Gefangenen» Marco Camenisch. Der sass allerdings nicht wegen seiner Politik im Gefängnis, sondern wegen Mord.



In meiner Studienzeit lasen wir überall in Zürich Sprayereien wie «Freiheit für Marco» an Fassaden besetzter Häuser. 2002 und 2003 fanden gar Demos für ihn statt. Camenisch war und ist ein Held der Linken. In der WOZ zum Beispiel finden sich dutzende Artikel. Er sei ein «anarchistischer Öko- und Haftaktivist», der wegen seiner «Gesinnung, sprich befürchteter zukünftiger Taten» in Haft gewesen sei. Als «politischer Gefangener» genieße er seit Jahrzehnten einen Kultstatus in alternativen Kreisen weit über die Schweiz hinaus. Und im «Tages-Anzeiger» wird er als Wunderkind dargestellt, «beliebt bei allen, hilfsbereit, reifer als Gleichaltrige».

Diebstahl von 105 kg Sprengstoff

Camenisch wächst in Graubünden auf, als Sohn eines Grenzwächters, schmeisst die Matura, zieht schliesslich mit Freundin auf eine Alp. Er zeugt ein Kind und heiratet, doch die Ehe zerbricht nach kurzer Zeit. Er radikalisiert sich. 1979 stiehlt er aus der Talstation des Skiliftes Scharmoin 105 Kilogramm Sprengstoff und versucht, einen Hochspannungsmast zu sprengen. Camenisch ruft nach der Tat die Polizei an und erklärt, er habe den Anschlag aus Protest gegen die Verschandelung der Natur verübt.

Korbermeister erschossen

Kurze Zeit später sprengt er einen Beton-Richtstrahlmast und Transformatoren des NOK-Unterwerks Sarelli bei Bad Ragaz. Camenisch wird erwischt, hält es aber in der Strafanstalt noch weniger lang aus als in seiner Ehe, tut sich mit andern Verbrechern zusammen und flieht. Dabei wird Fritz Jenny, der Korbermeister der Anstalt, erschossen und ein Aufseher verletzt. Gemäss Camenisch war das Opfer nur ein «Söldner des repressiven Staates». Erst im Dezember 1989 taucht Camenisch wieder auf, er will das Grab seines Vaters besuchen. Grenzwächter Kurt Moser, ein junger Familienvater, hat das Pech, den Terroristen zu entdecken. Er wird vom «Öko-Aktivist» ohne zu zögern aus kurzer Distanz mit drei Kugeln niedergestreckt.

Camenisch flüchtet nach dem Mord zum Pfarrerehepaar im bündnerischen Brusio. Diese ahnen, dass Camenisch der Mörder ist, informieren die Polizei aber nicht. Für diese Fluchthilfe wird das Pfarrerehepaar zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nationalrat Ulrich Schlüer gelangt mit einer Petition an den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund und verlangt ein «klärendes Wort».

Camenischs Finger ist weiterhin schnell am Abzug: Mit derselben Waffe, mit der er den Grenzwächter Moser getötet hat, schießt er 1991 auf einen italienischen Polizisten, welcher aber überlebt. Camenisch wird der Prozess in der Schweiz gemacht. Sein Verteidiger ist der Kommunist Bernard Rambert. Die linke Sympathie für den Mörder lässt auch mit den Jahren kaum nach, 2008 wird zum Beispiel das Auto von Justizdirektor Markus Notter angezündet.

2015 kommt Camenisch frei. Geläutert scheint er nicht zu sein. In einem Interview erklärt er: «Die Gesellschaft ist im Krieg, und der bewaffnete Kampf ist ein bewusstes Mittel.» Geläutert ist auch sein Biograf nicht, der Ex-SRF-Journalist Kurt Brandenberger: Er nennt den Mörder unverdrossen einen «politischen Gefangenen».

Hermann Lei

Churz & Bündig

Den perfidesten Vorschlag zur Fesselung der Schweiz an den ihre Souveränität zerstörenden EU-Rahmenvertrag legt der Präsident des Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt, im Namen einiger Grossfirmen vor: Zustimmung «auf Probe», lautet sein Lockvogel-Rezept: Jetzt sich einbinden lassen, und nach sieben oder zehn Jahren – sollte sich der Vertrag als nachteilig erweisen – sich wieder daraus abmelden. Also dann, wenn alles vertragsgerecht «eingespielt» ist, die Schweiz dem EU-Gerichtshof unterworfen und die Gleichberechtigung in den Bilateralen Verträgen beseitigt worden ist: Dann soll man wieder austreten können!? Der Arbeitgeberverband wird dazumal gegen solche Absicht mit Sicherheit Himmel und Hölle in Bewegung setzen: «Verrückt» sei, wer solche Verabschiedung nach umfassender Einbindung ernsthaft noch in Erwägung ziehe. Direkte Demokratie, Rechte der Bürger interessieren Vogt nicht. Er denkt allein an seinen Geldbeutel und übersieht dabei, dass die EU-Wirtschaft gegenüber Fernost und den USA laufend zurückfällt. Dort finden Schweizer Betriebe ihre Zukunftsmärkte, nicht bei den Brüsseler Bürokraten.

*

Ein islamischer Hassprediger, früher in Winterthur sein Unwesen treibend, erteilt Mordaufträge (!) aus einem Schweizer Gefängnis heraus: Einen ihm feindlich gesinnten Mann soll man endlich «verrecken lassen!» Wie lange wird dieser Unmensch, früher von Sozialhilfe, jetzt im Gefängnis von den Bürgern lebend, hier eigentlich noch durchgefüttert? Wäre er in Dänemark verhaftet worden, hätte man ihn längst ausgewiesen.

us

Leserbriefe

Das Lebenswerk eines Vollblutunternehmers

Mit grossem Interesse habe ich den ausführlichen Beitrag von Ulrich Schlüer in der Schweizerzeit Nr. 7/2021 über Bruno Röllin, Regensdorf, gelesen. Nicht nur, weil ich als Ex-Banker seit 2007 mit Permis CE auch Hobby-Trucker aus Freude und Leidenschaft bin – die Firma Röllin und ihre Entstehung beeindruckt mich schon seit Jahren. Super finde ich in dieser SZ-Ausgabe auch die Beiträge zu verschiedenen politischen Themen, insbesondere zum unsäglichen Bundesrat Berset. Bundesbern insgesamt versagt immer mehr wegen den Grünen/Roten/Linken und Studenten, die im Parlament sitzen und noch nie gearbeitet, geschweige denn Militärdienst geleistet haben. Es fehlen Führungspersönlichkeiten und Kompetente, die Verantwortung tragen. In der aktuellen Pandemiekrise wird das mehr und mehr sichtbar. Auch die Armee wird trotz Art. 58 der Bundesverfassung («Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung») mehr und mehr vernachlässigt.

Hermann Graf, Pfäffikon SZ

Politiker haben keine Führungsausbildung

Kürzlich hat Christoph Blocher in einem Interview in der Auns-Publikation gesagt: «Der Bundesrat handelt nicht nach Führungsgrundsätzen. Politiker haben eben keine Führungsausbildung.» Wie recht Christoph Blocher damit hat, zeigt sich am Beispiel des Politikers Urs Schwaller. Als Verwaltungsratspräsident war er beim Postautoskandal völlig ahnungslos. Und nun soll wieder ein Politiker Verwaltungsratspräsident der Post werden: Christian Levrat, Sozialist und Überwinder des Kapitalismus. Der ehemalige Gewerkschafter hat keine Führungserfahrung – höchstens Streikerfahrung. Politiker gehören in Kommissionen, aber nicht in den Verwaltungsrat von bundesnahen Betrieben.

Robert Deplazes, Brigels GR

Marsch nach links

Wie ein Orkan braust der diktatorische und unseelige rot-grüne Mainstream um die ganze Welt und vor allem auch über unsere Schweiz. Das Virus der selbstsüchtigen und militanten Linken treibt seinen gefährlichen Unfug. Ohne Zweifel wird die Zeit kommen, in welcher die Revolution ihre Kinder frisst und die Bäume der Linken nicht in den Himmel wachsen. Die schmerzliche Frage aber bleibt: Was wird an Werten und Besonderheiten in unserem Land alles unwiederbringlich kaputt sein, bis diese Zeit kommt? Haben wir denn aus der Geschichte noch immer nicht gelernt, dass gegenüber Demagogen und Verschwörern allzeit Vorsicht geboten ist? In Schillers Wilhelm Tell sagt Attinghausen zu Rudenz: «Ach Uli, Uli, wirf nicht für eitlen Glanz und Flitterschein die echte Perle deines Wertes hin!»

E.A. Rubli, Ramsen SH

PROGRE#SUISSE will die Schweiz abschaffen

Das von gut 150 Personen unterzeichnete Inserat «Ja zum Rahmenvertrag!» im «St. Galler Tagblatt» vom Ostersamstag hat mich schockiert. Denn die Realität wird völlig verdreht. Mit diesem Vertrag gilt EU-Recht, und wir unterwerfen uns fremden Richtern. Zudem drohen uns Strafmassnahmen, wenn wir EU-Recht nicht im Sinn des EU-Gerichtshofes auslegen. Der bilaterale Weg wird mit dem Vertrag nicht fortgeführt, sondern zerstört. Es ist beschämend und unbegreiflich, dass ein solcher Unterwerfungsvertrag überhaupt noch diskutiert wird. Die Schweiz ist erfolgreich als direkte Demokratie, als neutrales, unabhängiges, weltoffenes Land. All dies wird mit dem Vertrag zerstört, und die Schweiz wird zum Vasallen-Staat der EU. Die Unterstützer des Rahmenvertrags argumentieren mit Unwahrheiten und Angstmacherei. Geben wir den Totengräbern der Schweiz keine Chance!

Benjamin Zingg, Horn TG

Die Corona-Pandemie und China

Zum trafen Artikel «Wer verbreitet hier Fake News?» (SZ Nr. 7/2021) von Hans Fehr folgende Ergänzung: Anfang Dezember 2019 hat ein 36-jähriger chinesischer Arzt die chinesische Regierung in Wuhan gewarnt vor der kommenden Pandemie. Darauf wurde ihm ein Redeverbot verordnet, und später wurde er wahrscheinlich auf gut chinesische Art «entsorgt». Bis Ende Februar 2020 sind die chinesischen Fluggesellschaften weiterhin in die ganze Welt geflogen und haben somit das Virus flächendeckend verbreitet. Letztes Jahr ist eine chinesische Forscherin nach Amerika geflüchtet und hat erklärt, dass das Virus im staatlichen Labor gezüchtet worden sei. In der Zwischenzeit weiss man, dass das Virus über den Verkauf von allerlei Getier und dessen Konsum auf den Menschen übertragen wurde.

Ich war früher mehrere Male in China und habe mit eigenen Augen gesehen, dass vor den meisten Restaurants 30 bis 50 Käfige stehen mit allem, was auf diesem Planeten existiert und verspeist wird, inkl. Fledermäuse. Daran ändert auch die inkompetente WHO-Delegation nichts, welche nichts von der Realität mitbekommen hat. Die Gier der westlichen Welt nach Geschäftsbeziehungen und chinesischen Produkten gibt der chinesischen Führung immer mehr Macht und macht den Westen abhängig. Auf die fruchtlosen Massnahmen der westlichen Welt (EU, USA) reagiert China mit rigorosen Gegenmassnahmen, und es foutiert sich auch um Urteile des internationalen Gerichtshofs in Den Haag. Die nächste Pandemie kommt so sicher wieder von China wie das Amen in der Kirche.

K.T. (Der Verfasser ist der Redaktion bekannt)

Ein fragwürdiges Jubiläum

Bald können wir ein Jubiläum feiern: Franz Steineggers «Koalition der (Un-)Vernunft» wird demnächst dreissig Jahre alt. Damals (1992) stiegen die einst aufrechten Bürgerlichen im EWR-Groll ins Lotterbett

Gepriesen seien jene ...



... die nichts zu sagen haben und davon absehen, uns dies zu beweisen. So betrachtet gerät man folgerichtig nie in geringste Versuchung, die nachstehende Schweizer Politikerin mit Lobgesängen zu überhäufen: Die grün-liberale Politikerin Tiana Angelina Moser, Fraktionschefin und Nationalrätin in Personalunion, tut ihrem ausgeprägten Mitteilungsbedürfnis mal wieder keinen Zwang an: Sie redet viel und sagt wenig, aber dies mit Lautstärke und Verve.

«Meine Geduld ist am Ende», lässt sie sich zitieren, den Bundesrat in corpore laut rügend wegen dessen angeblicher Saumseligkeit in Sachen «dringend notwendiger EU-Beitritt».

Und lässt durchblicken, es gehe ihr viel zu langsam mit dem EU-Beitritt, der nun endlich zügig in die Wege geleitet werden müsse. Der Zug in diese aus ihrer Sicht «einzige begehbbare politische Richtung» sei zwar für uns noch nicht abgefahren, aber schon in Bewegung. Also gelte es, rasch aufzuspringen, denn «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!» (Hat nicht sie, sondern Gorbatschow gesagt, aber wer achtet heute noch auf Quellentreue?)

der vereinigten Linken und ermöglichten ihnen damit nach dem Zusammenbruch des Kommunismus/Sozialismus eine stille Amnestie. Das Ergebnis der Reglementierung auf Vorrat kennen wir heute zur Genüge: Bald dürften die KMU, das Rückgrat unseres Landes, mit ihren hunderttausenden fleissigen Mitarbeitern im Papierwust von Bundes Gnaden ersticken. Schon bizarr: Die sozialistische EU am Rockzipfel von Blackrock. Mein Vater selig nannte das schon als Kantonsrat «Gsetzli brünzle.» Das war von Anfang an das Ziel der roten und grünen Akademiker- und Beamtengilde. Deshalb nennen wir Eidgenossen sie seit 150 Jahren «Linke» – weil sie unehrlich, hinterhältig, verlogene und eben linkisch sind.

Weshalb lassen wir integren Bürger uns derart vorführen? Der Freisinn ist im freien Fall, und die Larifari-Mitte hatte noch nie ein glaubwürdiges Programm. Seit den 70er-Jahren verkündet uns die KK/CVP, dass sie mehr mit der Mitte ist als andere «Mitten». Nur unter gütigem Wegschauen eben dieser «Bürgerlichen» mit ihren faulen Kompromissen konnten sich die glühenden Verehrer von kommunistischen/sozialistischen Massenmördern etablieren und sich mit den NGO-Kirchen wohlighin einrichten. Sie diktieren uns bis in intimste Bereiche hinein ihre längst gescheiterten Parolen.

Wann endlich wird das Steuer herumgerissen?

Daniel Gehringer, St. Gallen



Dann legt Frau Moser in einem Interview mit dem «Blick» erst richtig los: «Wir haben einen Führungsmangel», lässt sie sich bereitwillig zitieren, und man liest zwischen den Zeilen, wen allein sie für befähigt hält, die Lücke zu füllen – sich selbst.

In Negierung bestehender (Verfassungs-)Prämissen wollte sie jüngst als Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission (APK) den Bundesrat zwingen, seine Verantwortung über den Rahmenvertrag abzugeben. Ihr entging, dass die Richtlinien dafür verfassungsmässig längst zementiert sind: Der Bundesrat ist zuständig – aber das letzte Wort spricht der Souverän, also Volk und Stände.

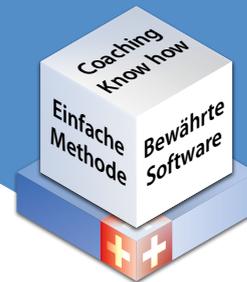
Bezüglich Frau Moser gelangen wir zur folgenden Einschätzung: Die von EU-Turbo Tiana Angelina Moser gepflegte Attitüde der präpotenten Allwissenden hat sich bei vielen ihrer Parlamentskolleginnen und -kollegen derart tief ins kollektive Bewusstsein eingegraben, dass sie sich zu politischen Sachfragen so dumm stellen kann, wie sie mag – viele glauben ihr!

Immerhin auch eine Leistung, aber wer bestimmt ihren Wert?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
buero.p@fee-consult.ch



STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

CO₂-Falschaussage

In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung vom 11. März macht Bundesrätin Sommaruga die Aussage, wonach für eine vierköpfige Familie, die einmal pro Jahr in Europa in die Ferien fliegt, ein Benzinauto fährt und mit Öl heizt, bis 2030 Mehrkosten von durchschnittlich 100 Franken pro Jahr zusammenkommen. Tatsache ist: Nur schon die Mehrkosten von 12 Rappen pro Liter Benzin dürften, je nach Verbrauch, mit 100 bis 200 Franken pro Jahr zu Buche schlagen – wobei zu betonen ist, dass diese Mehrkosten nicht an die Bevölkerung zurückerstattet werden. Weiter fallen für die besagte Familie 600 bis 900 Franken Mehrkosten für Heizöl aufgrund der deutlich höheren CO₂-Abgabe sowie ca. 200 Franken für den durchschnittlichen Ferienflug in Europa an. Alles in allem kann also von zusätzlichen Kosten in Höhe von über 1'000 Franken pro Jahr ausgegangen werden.

(Nein zum CO₂-Gesetz, 18. März 2021)

Masseneinwanderung

Die Bevölkerung der Schweiz wächst trotz Corona-Krise, höheren Sterberaten und sinkenden Geburten weiter stark an. Der Grund ist die nach wie vor ungebremste Zuwanderung von EU-Ausländern und von Wirtschaftsmigranten in die Schweiz. Nicht-Integrierte und Nicht-Arbeitswillige machen es sich in der Krise hier bequem und profitieren von unserem luxuriösen Sozialsystem, während viele Einheimische um ihren Job bangen. Das zeigt: Eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung ist dringender denn je.

Diese Meldung des Bundesamtes für Statistik lässt aufhorchen: Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz wuchs per Ende 2020 gegenüber dem Vorjahr um 0,7% auf 8,7 Millionen Menschen. Damit lebten Ende

Bürokratie

Eine funktionierende Bürokratie hat Stärken in akuten Notsituationen, aber sie ist aufgrund ihrer Starrheit und Lernunfähigkeit kein Modell für die Gestaltung einer attraktiven Zukunft. Die wichtigen Fragen sind daher stets, ob eine Notsituation überhaupt (noch) gegeben ist und die konkreten Massnahmen der Bürokratie geeignet und verhältnismässig sind. Im Zweifelsfall sind es kreative Unternehmer, die bessere und/oder günstigere Lösungen finden.

Die brachiale Zerstörung marktwirtschaftlicher Strukturen per Lockdown-Anordnungen mit einem anschliessenden bürokratischen «Reset» von oben ist dagegen definitiv ein Irrweg.

(Ralph Malisch in «Smart Investor», 04/2021)

Dezember 61'100 Personen mehr in der Schweiz als ein Jahr zuvor. Das entspricht der Grösse der Stadt Luzern. Und dies trotz Corona-Krise, trotz eines Anstiegs der Todesfälle auf 76'000 (plus 12.1 Prozent gegenüber 2019) und trotz sinkender Geburten!

(SVP, 6. April 2021)

Totalitarismus

Die heutigen Feinde der offenen Gesellschaft tun dies genauso wie diejenigen, die Popper kritisiert: Man setzt bestimmte Werte absolut, wie Gesundheitsschutz oder Klimaschutz. Eine Allianz aus Experten und Politikern nimmt für sich in Anspruch, das Wissen zu haben, wie man das gesellschaftliche bis hin zum familiären und individuellen Leben steuern muss, um diese Werte zu sichern. Wiederum geht es um ein höheres gesellschaftliches Gut – Gesundheitsschutz, Lebensbedingungen zukünftiger Generationen –, hinter dem individuelle Menschenwürde und Grundrechte ihre Gültigkeit verlieren.

(Michael Esfeld in einer Würdigung von Karl Popper, NZZ, 1. April 2021)

Moscheen-Finanzierung

Die sozialdemokratische Regierung von Mette Frederiksen legt im Eilmarsch Gesetze vor, die auf die starke Einwanderung aus nicht-westlichen Ländern reagieren. Zum 15. März trat ein Gesetz in Kraft, das die Finanzierung von Moscheen durch ausländische Geldgeber erschweren soll. Offen zeigte sich die Regierung auch für Neuerungen im Einbürgerungsrecht für Muslime. [...]

Die dänische Regierung macht mit ihrem Vorgehen auf mehreren Ebenen deutlich, dass sie von neuen Zuwanderern ebenso wie von solchen Menschen, die zwar «schon länger» im Land leben, aber nicht unbedingt dessen Werte teilen, eine Anpassung an den dänischen Lebensstil und die Achtung bestimmter Grundwerte fordert.

(Kopp-Report, 25. März 2021)



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

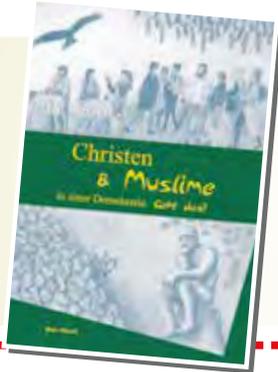
Ein facettenreiches 20. Jahrhundert

Autor Daniel Gehring verbindet gekonnt spannende Geschichten mit dem ernstesten historischen Hintergrund, in der sie sich abspielen. Im Verlag der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE erscheint nun das Abschlusswerk seiner einzigartigen Trilogie.

«Fauvette» berichtet aus dem besetzten Belgien und Frankreich in der ersten Hälfte der 1940er-Jahren. «Graue Sequenz» beleuchtet die beklemmende Auseinandersetzung zwischen Ost und West während des Kalten Krieges. Mit seinem jüngsten Werk «Pour le Mérite» geht der Autor zurück in die Zeit des Ersten Weltkriegs und beleuchtet den einmaligen Lebenslauf einer Frau, die sich durch die Wirren der damaligen Zeit durchkämpft, um zu überleben. Profitieren Sie vom PRO LIBERTATE Sonderangebot und vom einmaligen Kombi-Preis.



Profitieren Sie vom Spezialangebot!



Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?

Heute leben zahlreiche Muslime, die zu einem grossen Teil aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, unter uns. Wir sehen sie und wir erkennen vor allem ihre Frauen an ihren Kopftüchern. Aber richtig in Kontakt kommen wir mit Muslimen nicht, ganz im Unterschied zu Flüchtlingen aus andern Ländern. Umso deutlicher werden uns die radikalen Flügel des Islam vor Augen geführt in den Anschlägen der Taliban und des Islamischen Staates und in deren erbarmungslosen Kriegsführung. Das war für Autor Max Oberli, selber evangelischer Pfarrer, ein Grund, den Koran eingehend zu lesen und den Islam mit dem Christentum zu vergleichen. Ein interessantes Buch, das neue Einsichten liefert!

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch



Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Bitte senden Sie mir Infos zu:

- PIKOM PRO LIBERTATE

Ich bestelle _____ Expl. des Buches «Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?» zum Sonderpreis von 24 Franken (statt 30 Franken)*

*zzgl. Porto und Verpackung

_____ Expl. «Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer» zum Preis von 29 Franken*

_____ Expl. «Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges» zum Preis von 19 Franken*

_____ Expl. «Fauvette – Die stille Front» zum Preis von 9 Franken*

Profitieren Sie vom Spezialangebot: Alle drei Bücher zum Kombi-Preis von nur 49 Franken*. _____ Expl.

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon einsenden an: PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen (oder via E-Mail: info@prolibertate.ch, oder Tel. 079 302 10 09, Thomas Fuchs, Präsident)

100 Jahre S+ samariter

Samaritervereinigung Bern
www.bernarsamariter.ch

Schweizer Samariter-Atlas Mit Rezepten und Ausflugstipps

Mit unseren Samariter-Atlanten bieten wir Ihnen Informatives zu den Themen «Kräuter & Gewürze» und «Kern- und Steinobst». Entdecken Sie leckere Rezepte, vielseitige Anwendungsbereiche und lassen Sie sich zu passenden Ausflugstipps inspirieren.



jetzt bestellen & profitieren



Helfen ist keine Altersfrage!

Ein Notfall kann jederzeit und überall auftreten – am Arbeitsplatz, auf der Strasse, in der Freizeit. In unseren Kursen lernen Sie die lebensrettenden Massnahmen sicher anzuwenden. Damit im Notfall jeder Handgriff sitzt.

Unterstützen Sie die Samariter!

Ihr Beitrag ermöglicht es uns, Erste Hilfe im Alltag sicherzustellen und das Wissen um lebensrettende Erste Hilfe-Massnahmen weiterzugeben.

Danke für Ihre Spende!

Samaritervereinigung Bern, PC 30-4146-7
IBAN CH62 0900 0000 3000 4146 7

Bestellitalon:

Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugstipps und lehrreichen Informationen (Umfang: je 74 Seiten; Preis: 10 Franken pro Exemplar)

_____ Expl. «Kern- und Steinobst»

_____ Expl. «Kräuter und Gewürze»

Ich möchte Mitglied/Gönner der Samariter werden.

Ich möchte die Samariter finanziell unterstützen. Bitte senden Sie einen Einzahlungsschein zu.

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, samariter@gmx.ch



Einst und jetzt:

Die «Eingabe der Zweihundert»

Jürg Lindecker, dipl. Elektroing. ETH, Dr. sc. techn., seit bald 60 Jahren getreuer Parteisoldat der FDP, Greifensee ZH

In der NZZ vom Ostersamstag, 3. April 2021, ist unter der Überschrift «PROGRE≠SUISSE» ein ganzseitiges Inserat mit den Namen von rund 175 Exponenten aus Wirtschaft und «classe politique» erschienen, das da lautet: «Für eine erfolgreiche und vernetzte Schweiz und für die Weiterführung der Bilateralen. Ja zum Rahmenvertrag!» Diese Namenliste wird mit dem folgenden Aufruf von Nationalrätin Doris Fiala (mit verführerisch lächelndem Bild) abgeschlossen: «Wer nicht in die EU will, sollte sich jetzt bewegen: Zu glauben, die Schweiz könne einen 500 Millionen-Konsumentenmarkt beliefern ohne Zugeständnisse, dürfte sich leider getäuscht haben!»



«Nichts ist so sehr für die gute alte Zeit verantwortlich wie das schlechte Gedächtnis» (Anatole France). Wer erinnert sich heute noch an die Petition vom 15. November 1940, welche, von 173 Schweizern unterzeichnet, an den Bundesrat eingereicht wurde, und die als «Eingabe der Zweihundert» in die Geschichte eingegangen ist? In der bedrohlichen Lage im Herbst 1940

hielten es einflussreiche Wirtschaftskreise für nötig, «mit allen Nachbarn gute Beziehungen zu pflegen» – aber andere Nachbarn als Hitler und Mussolini hatten wir damals nicht, und guten Beziehungen der Schweiz mit den faschistischen Machthabern stand nach der Meinung dieser Herrschaften der kritische Journalismus hindernd im Wege.

Ihre Eingabe hetzte wie folgt gegen die Presse (u.a. «Basler Zeitung», «NZZ», «Weltwoche»): «Durch ihre tagtägliche Beeinflussung der im Grunde durchaus unparteiisch eingestellten Masse unserer Bürgerschaft hat sie jene Stimmung geschaffen, die sich in Verunglimpfungen und feindseligen Handlungen gegenüber fremden Staaten oder ihren Angehörigen Luft machte und die unserem Lande immer wieder Schwierigkeiten zugezogen hat». Wörtlich zitiert lauteten einige der damaligen Forderungen der «Zweihundert» an den Bundesrat:

- Einsatz von Presse und Rundfunk für eine dem Wesen der Eidgenossenschaft entsprechende und der Schweiz als dem Mutterlande des «Roten Kreuzes» angemessene, der Versöhnung der Völker dienende Wirksamkeit.
- Aufforderung zur Ausschaltung jener an verantwortlichen Pressestellen wirkenden Personen, die einen für das Wohl und das Ansehen des Landes verhängnisvollen Kurs gesteuert haben.
- Straffe behördliche Überwachung der Schweizerischen Depeschagentur, deren Einstellung zu schweren Bedenken Anlass gegeben hat.

- Entfernung jener Personen aus verantwortlichen Stellen des Staates, deren politische Tätigkeit sich offenkundig für das Land als nachteilig erwiesen hat.
- Entgiftung unseres politischen Lebens durch die Wiedergutmachung aller jener Übergriffe unserer politischen Polizei, die sich lediglich durch die Verhetzung unserer öffentlichen Meinung erklären lassen. Eine unparteiische gerichtliche Stelle soll die politischen Prozesse und Strafuntersuchungen, die zur Beanstandung Anlass geben können, überprüfen, die Betroffenen in ihrer Ehre wiederherstellen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.
- Sorgfältige Pflege der kulturellen Beziehungen zu allen unseren Nachbarvölkern, wie sie durch Geschichte und Herkunft gegeben und für alle drei Sprachgebiete unseres Landes lebensnotwendig sind.

Bundesrat Eduard von Steiger versicherte, er lehne diese Forderungen ab, er empfing aber dennoch einige Verfasser der Eingabe und sicherte ihnen zu, ihre Anliegen würden intern ernst genommen und weiterverfolgt. Der Gesamtbundesrat nahm erst 1941 mündlich dazu Stellung, trat aber nicht auf die Eingabe ein. Publik gemacht wurde sie erst 1946, nachdem der Bundesrat innenpolitisch unter Druck geraten war. Die Kritik gegenüber anpasserischen, antidemokratischen Tendenzen in der Schweiz konzentrierte sich in der Folge auf die «Zweihundert», denen die Rolle von Sündenböcken zukam, während die zumindest ambivalente Haltung der Behörden in den Hintergrund rückte.

Ich enthalte mich ausdrücklich jeglicher subjektiver Meinungsäusserung zur inhaltlichen Koinzidenz dieser beiden mehr als 80 Jahre auseinanderliegenden «Standpunkte», um ja nicht ins Fadenkreuz unserer politisch ach so korrekten publizistischen Sittenpolizei zu geraten. Ich überlasse es jedoch gerne den Leserinnen und Lesern der «Schweizerzeit», sich dazu unvoreingenommen ihre eigenen Gedanken zu machen. Dennoch erlaube ich mir, meine Ausführungen mit einer Frage abzuschliessen: Wie wird wohl «die Geschichte» mit der aktuellen «Eingabe der Zweihundert» sowie mit der zumindest «ambivalenten Haltung» der heutigen Behörden dereinst ins Gericht gehen?

Jürg Lindecker



Volksabstimmung 13. Juni 2021

Mit dem CO₂-Gesetz kommt das KMU-Massensterben!



Wegen Corona wurden tausende Verkaufsgeschäfte stillgelegt; viele Gastrobetriebe sind ruiniert. Das ortsgebundene KMU-Gewerbe muss Millionenverluste verkraften. **Hunderte, tausende Existenzen sind in Gefahr.**

In harter Konkurrenz zu den ausländisch beherrschten Online-Giganten müssen die ihrer

Reserven beraubten KMU-Betriebe wieder Fuss fassen: Ein ungleicher Kampf.

Wer den KMU-Betrieben mit dem CO₂-Gesetz Treibstoff- und Heizkosten massiv verteuert, wird zum **Mörder der Schweizer KMU-Wirtschaft**. Und raubt der Jugend die Zukunft, weil mit der KMU-Wirtschaft tausende Lehrstellen verschwinden.

Am 13. Juni 2021: «Nein zum CO₂-Gesetz»

All diese Abzock-Zusatzabgaben, all diese Schikanen will Rot-Grün durchsetzen:



Benzinpreis-Aufschlag von zwanzig Rappen (belastet eine Familie um rund Fr. 500.-/Jahr).



Heizöl-Strafgebühr: Fr. 2'200.- pro Haushalt/Jahr.



Strassenbenutzungsgebühr (Road Pricing, im Departement Sommaruga bereits ausgearbeitet): Fr. 1'000.- pro zehntausend Kilometer.



Abgabe für die Nutzung von Atomstrom (CO₂-frei!): Fr. 500.-/Jahr.



Solarstromverpflichtung: Fr. 2'600.- pro Haushalt/Jahr.



Schluss mit Steuerabzügen für Kinder (Kinder werden als Energieverschleuderer gebrandmarkt!), Pendler etc.



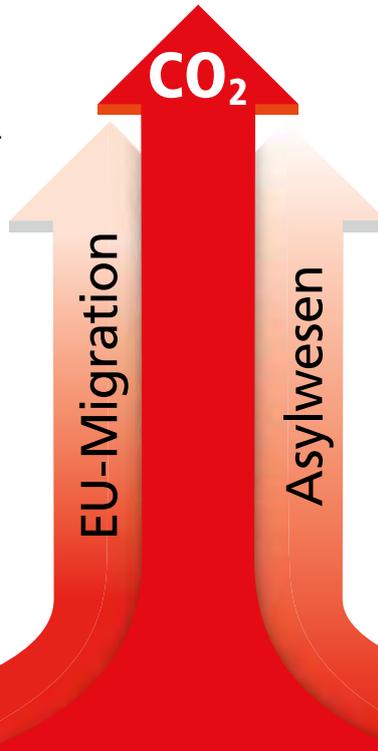
Verdoppelung der Flugpreise: Fliegen dürfen nur noch die Reichen.



Verbot von Benzinautos und Ölheizungen. Resultat: Explosion der Mietkosten.



Und als Ausgleich verlangt Links-Grün ein bedingungsloses Grundeinkommen für Alle von Fr. 2'500.-/Monat.



Masseneinwanderung heisst Energieverschleiss

Wo die Bevölkerung zusammengeballt wird, nimmt der Energieverbrauch zu. Menschen müssen versorgt und Verbrauchtes muss entsorgt werden. Sie verbringen ihre Freizeit auswärts, verwenden immer mehr elektrische Geräte und Dienste. **Die Digitalisierung verschlingt Unmengen von Energie.**

Die Menschenmassen verlangen jederzeit exzellente medizinische Versorgung und in Notfällen keineswegs energiesparende Behandlung in den Spitälern.

Mit den Menschenmassen kommt auch die **Bauwut**, die erbarmungslos Grünflächen zubetoniert. Man nennt dies «Verdichtung».

Linksgrün behauptet, für gesunde Umwelt zu sorgen. Die Linksgrünen sind gleichzeitig die lautstärksten Befürworter der Masseneinwanderung. Denn je dichteres Wohnen der Bevölkerung verordnet wird, desto mehr Gebühren fallen an. Zur Rechtfertigung dieser **Doppelmoral** präsentieren sie schlicht lächerliche

Behauptungen: Wer zum Beispiel aus Uganda in die Schweiz komme, verbrauche hier gleich viel Energie wie in Uganda.

Genoss er in Uganda auch eine mit allem Nötigen ausgerüstete **Gratis-Unterkunft – auf Kosten anderer?** Ist der Lebensstandard und somit auch der Energieverbrauch in der Schweiz gleich wie in Uganda?

Wenn dem so wäre: Warum ist er denn überhaupt nach Europa gekommen? **Im Klartext:** Der in die Schweiz gereiste Ugander verbraucht hier rund das **Zehnfache der Energie**, die er zuvor zu Hause in Uganda verbraucht hat.



Wer – wie die Linksgrünen – die Masseneinwanderung fördert, schont weder Ressourcen noch Energie. Er will bloss hiesigen Leistungsträgern immer höhere Gebühren, immer höhere Abgaben abzwacken. **Nicht zuletzt zu seinem ganz persönlichen Nutzen.**

Am 13. Juni 2021:

«Wir sind ja reich»

Aus Funktionärskreisen wird behauptet, wir «Reichen» könnten uns jede Energieverteuerung ohne weiteres leisten.

Natürlich: Die Funktionärskaste blieb von den verheerenden Einnahmehausfällen, welche insbesondere das KMU-Gewerbe in der Corona-Zeit teils existenzbedrohend getroffen haben, vollumfänglich verschont.

Um so unverschämter wollen die Funktionäre alle Unternehmer mit neuen Auflagen und Gebühren abzocken – um damit weiteren Ausbau der Funktionärsbürokratie in der dem Staat zu unterwerfenden Energiewirtschaft herbeizuführen.



Roger Nordmann, SP



Jürg Grossen, GLP



Eric Nussbaumer, SP

Linksgrüne Gebührenmonster

Linksgrün will angeblich die CO₂-Nullbilanz erreichen. Aber nicht Nullverbrauch von Energie ist das Ziel. **Das Ziel lautet ganz anders:** Wer etwas produziert, wofür er Energie braucht, muss eine hohe Ablass-Steuer auf CO₂ in einen Klimafonds leisten.

Dies zusätzlich zu allen bereits existierenden Abgaben und Steuern. Und wer profitiert vom millionenschweren Klimafonds? All jene, die Linksgrün als «klimafreundlich» etikettiert.

Zum Beispiel der Verband «Swiss-Solar», wo SP-Nationalrat Roger Nordmann das Sagen hat.

Zum Beispiel «Swissclean», wo Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen, das Sagen hat.

Zum Beispiel die «ADEV-Energiebaugenossenschaft», wo SP-Nationalrat Eric Nussbaumer das Präsidium, FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, das Vizepräsidium des Verbands innehat.

Diejenigen, die in der Schweiz den «Karren schleichen», vor allem abertausende KMU-Unternehmer, werden masslos geschröpft – auf dass sich Umweltaktivisten masslos bereichern können.

Übrigens: Auch die Umverteiler, zumeist staatliche Funktionäre, arbeiten keineswegs gratis.

«Nein zum CO₂-Gesetz»



Deshalb:



«Bloss Kompromiss»:

Linksgrüner Raubzug soll weitergehen

Für die Klima-Aktivisten ist das CO₂-Gesetz «bloss ein Kompromiss» (Tages-Anzeiger, 23. Dez. 2020). Nach dem Ja zum CO₂-Gesetz müssten rasch weitere **hohe Ablass-Abgaben** auf dem CO₂-Verbrauch erhoben werden.

Mit einschneidenden Auflagen, die den Wirtschaftsablauf insgesamt umfassend reglementieren – und verteuern! Insbesondere müssten Energieverbrauch und Mobilität massiv verteuert werden. Ein Programm, das beispielsweise der Präsident der Grünliberalen, Jürg Grossen, begeistert befürwortet.

Sie schwärmen fürs Klima – zerstören aber Familien und KMU-Gewerbe

Leistungsträger oder Schmarotzer?

- ↓ **Tamara Funciello (SP, BE):** Kein Beruf. Berufspolitikerin.
- ↓ **Delphine Klopfenstein (Grüne, GE):** Kein Beruf. Nennt sich Soziologin und Co-Generalsekretärin Grüne GE. Berufspolitikerin.
- ↓ **Isabelle Pasquier-Eichenberger (Grüne, GE):** Koordinatorin Alpenschutz-Initiative (Abstimmung 1994). Berufspolitikerin.
- ↓ **Thomas Brunner (Grüne, SG):** Klimatologe. Zuvor Lufthygieniker in der öffentlichen Verwaltung. Heute also Berufspolitiker.
- ↓ **Katharina Prelicz-Huber (Grüne, ZH):** «Professorin», früher Sozialarbeiterin. Heute Berufspolitikerin.
- ↓ **Nicolas Walder (Grüne, GE):** Kein Beruf. Berufspolitiker.
- ↓ **Meret Schneider (Grüne, ZH):** Co-Geschäftsleiterin von «Progressive Politik für Tiere». Berufspolitikerin.
- ↓ **Celine Widmer (SP, ZH):** Kantonsrätin (als Beruf). Jetzt Job bei Corinne Mauch, Stadtpräsidentin Zürich.
- ↓ **Mattea Meyer (SP, ZH):** Berufspolitikerin

Ich bestelle Abstimmungsmaterial

Per Internet flyer-ueberall.ch/schweizerzeit-co2: Flyer verteilen lassen

Mit wenigen Klicks die Verteilung in Ihrer oder allenfalls weiteren Gemeinden spenden.

Per Internet schweizerzeit.ch/co2: Flyer verteilen lassen, Einzahlungsschein, «Schweizerzeit»-Sonderdruck, «Schweizerzeit» zur Probe

Per Telefon 052 301 31 00 (Bürozeiten): Flyer verteilen lassen, Einzahlungsschein, «Schweizerzeit»-Sonderdruck, «Schweizerzeit» zur Probe

Per Post: Abstimmungsmaterial gemäss Talon

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon/Mobile

- Flyer verteilen lassen. Ich wünsche die Verteilung in folgenden Gemeinden:
- Einen Einzahlungsschein für Spende
- (Anzahl) Exemplare des «Schweizerzeit»-Sonderdrucks
- Eine «Schweizerzeit» zur Probe

Vom Affen gebissen ...

Habt ihr sie noch alle?

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Das Verbandsbeschwerderecht gibt vielen Umwelt- und Denkmalschutzorganisationen die Möglichkeit, gegen geplante Projekte Einsprache zu erheben, selbst wenn diese Projekte vom Volk gutgeheissen wurden.



Wenn zum Beispiel die Mehrheit der Bevölkerung einer Überbauung zustimmt und dennoch von Verbänden dagegen Einsprache erhoben werden kann, führt dies zwangsläufig zu Interessenskonflikten und zur unschönen Situation, dass irgendein kantonales Verwaltungsgericht einen Volksentscheid ins Gegenteil kippen kann. Aber wir müssen uns darüber nicht weiter unterhalten, hat doch das Schweizer Stimmvolk im Jahre 2008 mit 66 Prozent Stimmenanteil eine Initiative abgelehnt, mit welcher dies hätte geändert werden sollen.

Wie so oft bei links-grünen Umweltthemen gilt auch hier «L'appétit vient en mangeant». Neulich wurde bekannt, dass einige Nationalräte der Umwelt direkt einen Rechtsanspruch einräumen und diesen in der Bundesverfassung verankern wollen. Dabei handelt es sich um die «Mutter Erde-Bewegung», welche beabsichtigt, dass ein Fluss oder ein Berg Rechtsansprüche gelten machen kann, d. h. das Matterhorn oder die Aare könnten direkt klagen.

Absurde Forderungen

Da das Matterhorn verständlicherweise nicht selbst vor Gericht erscheinen kann, dürfte wohl klar sein, welche politischen Organisationen und links-grünen NGO diese Funktion mit Freude übernehmen werden. Schliesslich ist auch davon auszugehen, dass staatliche Mittel zugunsten dieser Protagonisten grosszügig sprudeln dürften. Es geht in die gleiche Richtung wie jene Bestrebungen, die vorsehen, dass auch Menschen mit schwerster geistiger Behinderung wählen und abstimmen dürfen. Die Schweiz hat im Jahre 2014 die Uno-Behindertenrechts-Konvention ratifiziert, welche festhält, dass es auch Personen mit geistiger und psychischer Beeinträchtigung zu ermöglichen ist, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen.

Es geht hier nicht darum, Personen mit psychischen Einschränkungen den Zugang zur demokratischen Willensäusserung zu verunmöglichen. Die Frage stellt sich jedoch bei Menschen mit einem derart hohen Grad an geistiger Beeinträchtigung, welche niemals in der Lage sind, auch nur ansatzweise ihr Stimm- und Wahlrecht auszuüben. Wer würde dann ihre Wahl- und Abstimmungsunterlagen ausfüllen? Würden aufgrund dieser Situation Angehörige oder das

Pflege- und Betreuungspersonal plötzlich über zwei Stimmen verfügen?

Grundrechte für Menschenaffen?

Wenn solche Vorwürfe auch nur ansatzweise im Raum stehen, dann sind Bestrebungen dieser Art in jedem Falle abzulehnen. Im Kanton Basel-Stadt versuchen nun gewisse Kreise, einen sehr bizarren Weg zu beschreiten. Die Denkfabrik «Sentience Politics» fordert neu Grundrechte für Menschenaffen und verlangt, dass die baselstädtische Verfassung mit einem Artikel für das «Recht von nichtmenschlichen Primaten auf Leben und auf körperliche und geistige Unversehrtheit» ergänzt wird. Auch wenn bei der «Mutter Erde-Bewegung» die Eigernordwand nicht direkt vor dem Kadi erscheinen kann, besteht doch im Kanton Basel-Stadt durchaus die Möglichkeit, dass ein betroffener Gorilla mit seinem Anwalt vor Gericht erscheint, um gegen das Nahrungs- und Unterbringungsangebot im Zoologischen Garten zu klagen.

Rechtlich wird hier gefährliches Neuland betreten, wenn zum Beispiel der Basler Spalenberg eine Anzeige erstattet, weil in einem Geschäft ein Affenbild ausgestellt wurde, was von einigen Schimpansen aus dem Basler Zoo als unerlaubte Kulturaneignung angeprangert wird, weshalb nun eine ganze Affenbande als Privatkläger zugelassen werden muss.

Affentheater

Irgendwie stellt sich die Frage, ob wir wirklich noch alle Tassen im Schrank haben und ob das Ausland nicht langsam den Eindruck bekommt, der politische Betrieb der Schweiz mutiere bei gewissen Akteuren zur Lachnummer. Vielleicht verursachen gewisse Kreise nur deshalb ein solches Affentheater, weil sie Angst haben, sich mit den wirklichen Problemen auseinanderzusetzen. Zumindest sind sie definitiv vom Affen gebissen.

Markus Melzl

Churz & Bündig

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat hunderte Tausende Test-Sets zu viel bezogen. Diese müssen, weil ihr Verfalldatum abläuft, jetzt vernichtet werden. Vor lauter Test-Euphorie – Voraussetzung zum Einsperren von Menschen – hat das gleiche Amt die rechtzeitige Bestellung von Impfdosen schlicht verschlampt. Etwa deshalb, weil Impfen befreit, Testen aber einsperren lässt?

us



MURMELTIERSALBE

Ihren Muskeln und Gelenken zuliebe!

Ein bewährtes Traditionseinreibungsmittel aus der Natur.

Seit Jahrhunderten spielt das, aus dem Fett des Murmeltieres, gewonnene Öl eine sehr bedeutende Rolle für uns Menschen. Das sehr wasserarme Fett (10-12%) ist reich an Vitamin D und E. **Durch seine physikalischen und chemischen Eigenschaften kann das Fett der Murmeltiere eine sehr vielseitige Verwendung bei verschiedensten Beschwerden wie z.B.: bei strapazierten Gelenken, Muskelverspannungen im Bereich der Halswirbel, Schultern, Ober-, Unterarme und Beine, sowie bei Gicht, Arthrose, Rheuma und Bandscheibenleiden, Gelenksbeschwerden und Entzündungen, finden.** Die einmassierten Stellen können gelockert und erfrischt, sowie die Durchblutung der Haut aktiviert werden, was wiederum die natürliche Regeneration fördern kann.

Anwendung: Tragen Sie 2-mal täglich die Salbe auf die betreffende Stelle auf und massieren Sie diese leicht in die Haut ein. Bei einer Anwendungsdauer von längstens 3 Wochen - 1 Woche aussetzen.

Warnhinweis: Vermeiden Sie, dass die Salbe auf offene Wunden, Schleimhäute oder in die Augen gelangt. Bei Auftreten von allergischen Reaktionen - die Anwendung absetzen. Für Säuglinge und Kleinkinder nicht geeignet.



MANDARIN BALSAM

Muskel-, Sport- & Gelenksbalsam mit chinesischem Minzöl

Unser MANDARIN Muskel-, Sport- und Gelenksbalsam wird mit hochwertigen ätherischen Ölen aus Wildwuchs bzw. kontrolliert biologischem Anbau hergestellt. Er eignet sich besonders zur Sportmassage bei Überanstrengung des Bewegungsapparates, da er vorwiegend zur Lockerung der Muskulatur eingesetzt wird. Die Durchblutung der Haut wird angeregt und das Wohlbefinden gesteigert.



KARTOFFELBALSAM

Pflegebalsam zum Schutz Ihrer Haut

Unser Kartoffelbalsam macht die Haut weich und geschmeidig und spendet der strapazierten Haut Feuchtigkeit. Bei ausgelaugter, spröder, trockener oder schuppiger Haut wird die natürliche Schutzhülle wieder aufgebaut. Der Balsam zieht schnell ein und fettet nicht. Zusätzlich enthält unser Kartoffelbalsam wohltuende Wirkstoffe der Ringelblume und Arnika.

Anwendung: Auf beanspruchte Haut auftragen und leicht einmassieren - dient zur Hand-, Fuß- und Ganzkörperpflege.

Klarstellung und Dank

Murmeli-Salbe

Seit Monaten wirbt die Firma Exmonte mit Inseraten in der «Schweizerzeit» unter anderem für Murmeltier-Salbe. Dieses Angebot hat Reaktionen ausgelöst – beim inserierenden Handelsunternehmen ebenso wie beim Verlag «Schweizerzeit»: Es sei bedenklich, Tiere zu töten, um daraus heilende Wirkung erzielende Salben zu gewinnen.

Die Vorhaltungen veranlassten die «Schweizerzeit», den Sachverhalt genau abzuklären. Dabei erwies sich: Murmeltiere unterstehen der genau gleichen Jagdgesetzgebung wie alle Tiere der Schweizer Alpenregionen, also wie Gemsen, Steinböcke, Hirsche usw. Die Jagdaufsicht legt alljährlich fest, wie viele Tiere zum Abschuss freigegeben werden – ausgehend vom Anliegen, Unheil stiftende Überpopulation zu vermeiden – zum Nutzen der Tierwelt, zum Nutzen der Umwelt.

Es werden also alljährlich Abschussquoten festgelegt – wobei der Abschuss allein durch dafür qualifizierte

Jägerinnen und Jäger erfolgen darf. Alles geht nach rechten, von der Jagdkontrolle überwachten Regeln zu und her.

Die Murmeltier-Salbe, haben wir – etwas neugierig geworden – zusätzlich erfahren, erfreut sich bei nicht wenigen «Schweizerzeit»-Leserinnen und Lesern hoher Wertschätzung – verwendet zur Linderung von Gelenkschmerzen.

Die «Schweizerzeit» nimmt Lesereinwände ernst, ist aber auch dankbar, dass Inserenten unser Blatt nutzen und damit unterstützen. Das sichert seine Existenz. Unser Dank gilt insbesondere auch der Firma Exmonte. Uns freut, dass deren Inserate in der Schweizerzeit bei Leserinnen und Lesern auf lebhaftes Echo stossen.

Ulrich Schlüer



Linke Vetternwirtschaft



Linke Politiker waren schon immer gut darin, Gesinnungsgenossen in wichtige Ämtli zu hieven. Ein aktuelles Beispiel zeigt Basel. Da engagiert der neue SP-Regierungspräsident Beat Jans gleich zwei Generalsekretäre, welche ihm politisch nahestehen. Der bisherige Amtsinhaber wird degradiert, das Generalsekretariat um 160 Stellenprozente erweitert. Die Neuen – Mann und Frau – arbeiten im «Top-sharing» (ja, so etwas gibt es tatsächlich) und sassen für die Grünen resp. die SP im Grossen Rat.

Da die Grünen nicht mehr in der Regierung vertreten sind, musste der Bündnispartner bei Laune gehalten werden. Das Führen des Generalsekretariats wird zum Trainingslager für die nächste Wahl, bei welcher diese «grüne» Co-Generalsekretärin die «grünliberale» Neo-Regierungsrätin herausfordern wird.

Parteipolitische Anstellungen im Regierungspräsidium haben System. Vorvorgänger Guy Morin (Grüne) stellte einen Alt-Kantonsrat und Parteikollegen aus Zürich als Stadtentwickler ein. Als Vize-Generalsekretär kam ein ehemaliger grüner Grossratspräsident zum Handkuss. Morins glücklose Nachfolgerin im Amt (sie schaffte die Wiederwahl nicht) führte die Tradition fort. Ihr Stadtentwickler war Stadtpräsident von Liestal und – Sie ahnen es – Mitglied der Grünen. Zum Integrationschef wurde ein deutscher Bürgermeister ernannt – der bei den Wahlen in Lörrach von den Grünen unterstützt wurde.

Doch was Basel kann, kann Bundesbern schon lange. Die Wahl von Christian Levrat zum neuen Post-Präsidenten erstaunt kaum. SP-Bundesrätin Sommaruga ist bekannt dafür, Genossen gut zu «versorgen». Führungserfahrung in Unternehmen ist zweitrangig, solange das Parteibuch stimmt. Nach dem abgewählten SP-Nationalrat Pardini wird nun ein weiterer (alter weisser) Mann bei der Post versorgt. Bei seiner Präsentation räumte Sommaruga ein, dass Levrat keine Frau sei. Ein Makel. Vermutlich hat sie immerhin erkannt, dass «Frau» allein kein Qualitätsmerkmal ist – die frühere Post-Chefin Susanne Ruoff lässt grüssen.

Ihre Lust, Genossen anzustellen, ist offensichtlich, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. So hat sie SP-Ständerätin Géraldine Savary, die nach fragwürdigem Wahlkampf-sponsoring nicht zur Wiederwahl antrat, zur Präsidentin der Eidg. Postkommission gemacht. Ihr kurz darauf erfolgter Rücktritt und die Neubesetzung durch eine linke CVP-Alt-Ständerätin ist zweitrangig.

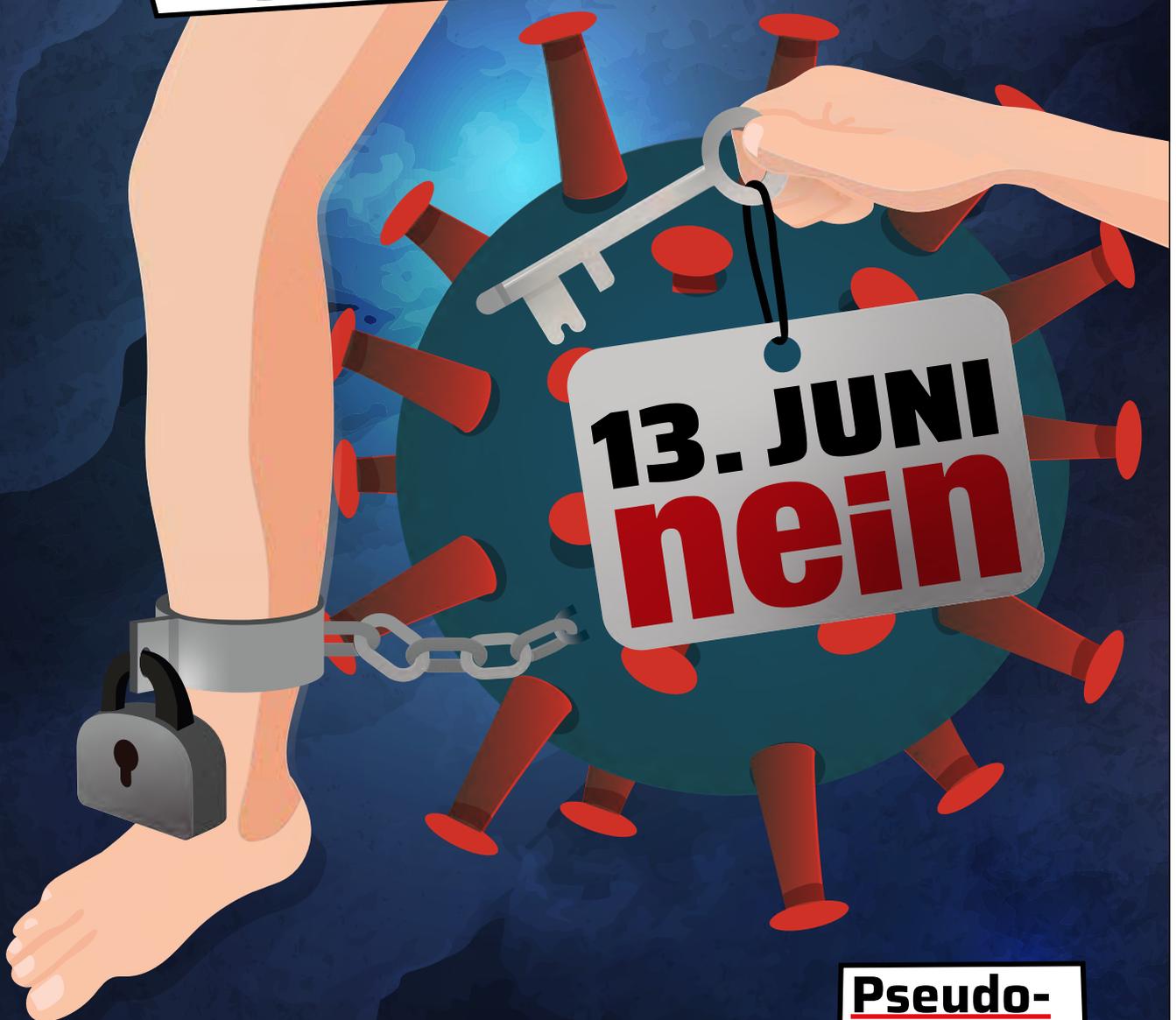
Immerhin «brillierte» Levrat bei der SP. In seinen Jahren als Parteipräsident verlor die SP kontinuierlich und erzielte bei den Wahlen 2019 das schlechteste Resultat aller Zeiten. Beste Voraussetzungen für das Post-Präsidium. Und ein Hoffnungsschimmer für die neuen Co-Präsidenten Wermuth und Meyer, welche von Niederlage zu Niederlage eilen. Es gibt ja noch «Pöschli» bei der SRG oder den SBB.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

R(h)einschrift

Das Covid-Gesetz beendet die freie Schweiz

Gesetz diskriminiert
Ungeimpfte



Umfassendes Contact Tracing bedeutet
Massenüberwachung!

Pseudo-
Hilfen nach
Arbeitsverbot

Nein zum Covid-19-Gesetz am 13. Juni

Corona-Politik des Bundesrates stoppen!

von Dr. Daniel Regli, Historiker/Publizist, Projektleiter www.buergerforum-schweiz.com, Zürich

Das Schweizer Stimmvolk hat die einzigartige Möglichkeit, die nationale Corona-Politik zu ändern. Wenn das Covid-19-Gesetz bei der Referendumsabstimmung vom 13. Juni 2021 abgelehnt wird, verliert der Bundesrat die Legitimation, seine Corona-Politik ungehindert weiterzuführen.



Es gibt nicht viele Gruppierungen in der Schweiz, die referendumsfähig sind. Es ist darum ausserordentlich, was den «Freunden der Verfassung» in Coronazeiten gelungen ist. Die Bürgerbewegung wurde im Juli 2020 gegründet. Nachdem die Bundesversammlung das Covid-19-Gesetz in der Herbstsession 2020 angenommen hatte, lancierten die «Verfassungsfreunde» das Referendum. Anfang Januar 2021 konnten in Bern erstaunliche 86'000 Unterschriften eingereicht werden. Nun kann der Souverän endlich entscheiden.

Das Volk muss es richten

Ziel der bundesrätlichen Corona-Politik ist es, möglichst vielen alten, kranken Menschen noch etwas mehr Lebenszeit zu verschaffen. Da die Spitäler weder in der ersten noch in der zweiten Welle überlastet waren, ist der Lebensschutz das primär verfolgte politische Ziel. Immer wieder verkündeten die politisch Verantwortlichen: «Jeder Covid-19-Tote ist einer zu viel.» Gemäss dieser Maxime diktiert der Bundesrat seit März 2020 seine Politik.

Die Fakten sind längst unübersehbar: Der Altersdurchschnitt der in der Schweiz an Covid-19 Verstorbenen beträgt 86 Jahre. 97 Prozent der Verstorbenen hatten zumindest eine gravierende Vorerkrankung. Trotzdem wurde die ganze Bevölkerung wiederholt mit drastischen Massnahmen belegt. Nach wie vor werden unsere Freiheitsrechte massiv eingeschränkt. Der Bevölkerung wurden unermessliche Schäden zugemutet: Vereinsamt Sterbende in Altersheimen. Eine Epidemie der Angst. Häusliche Gewalt. Zerstörte Beziehungen. Markanter Anstieg an Depressionen. Suizide. Arbeitslosigkeit. Schulden ohne Ende. Eine Vielzahl an Konkursen, Schäden in vielfacher Milliardenhöhe.

Leider haben die Gerichte und das Bundesparlament es unterlassen, das Corona-Diktat des Bundesrates zu stoppen. Statt die Arbeit des Bundesrates kritisch zu diskutieren und wo nötig Gegensteuer zu geben,

löste sich die Frühjahrsession der eidgenössischen Räte im März 2020 flugs auf und floh vor dem Virus aus dem Bundeshaus. Auch in den folgenden Sessionen konnte sich das Parlament nicht dazu durchringen, die Corona-Politik massgeblich zu prägen. Die Politik der Regierung wurde weitgehend abgenickt, und es wurden hohe Milliardenbeträge abgesegnet. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien, den Lockdown zwingend auf den 22. März 2021 zu beenden, fand keine Mehrheit.

Verbrechen oder Wohltat?

Nun kann das Volk am 13. Juni von seinem Recht Gebrauch machen, die Corona-Politik entweder zurückzuweisen oder dem Bundesrat das Vertrauen für die nächste Wegstrecke auszusprechen. Der Abstimmungskampf wird heftig. Die Befürworter des Covid-19-Gesetzes werden wohl vor allem mit der finanziellen Keule drohen: Bei einem Nein würden die Zahlungen an geschädigte Berufsgruppen entfallen und die finanziell Geschädigten würden sich ins eigene Fleisch schneiden. Das ist natürlich manipulativ. Bei einem Nein kann der Bundesrat umgehend neue Wege definieren, um die Opfer seiner Politik zu entschädigen.

Wir Gegner der Corona-Politik fahren mit substantielleren Argumenten auf. Wir wehren uns gegen den sich anbahnenden Impfwang, gegen Maskenterror und die Einschränkung der verfassungsmässig garantierten Freiheiten. Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher sprach in einem NZZ-Interview von «Diktatur», welche mit dem Referendums-Nein bekämpft werden müsse. Noch weiter geht Nationalrat Roger Köppl, der in seinem Weltwoche-Editorial vom 18.3.2021 die Corona-Politik als «Verbrechen» bezeichnete. Für

Corona und das verzögerte Sterben

Unter diesem Titel ist vom Autor des hier abgedruckten Artikels, vom Zürcher Historiker und Publizisten Daniel Regli, in diesen Tagen ein neues Buch erschienen, das sich in aller Gründlichkeit mit der Bundesberner Corona-Politik auseinandersetzt.

Beachten Sie das Buchzeichen auf Seite 27 der heutigen «Schweizerzeit».

Vertreter des Widerstandes geht es am 13. Juni also um die Rückkehr zur direktdemokratischen Schweiz. Eine gedeihliche Zukunft kann nur erreicht werden, wenn unsere Nation aus dem von China vorexerzierten Lockdown-Modell ausbricht und eine neue, eigenständige, massvolle Corona-Politik wagt.

Corona und das verzögerte Sterben

In ihrer Fixierung, das Sterben alter, kranker Menschen hinauszuzögern, ist die Bundesratsmehrheit einer schädlichen Corona-Politik verfallen. Anfang April 2021 hat der Verfasser dieses Artikels ein Buch über Defizite der Schweizer Corona-Politik publiziert. In «Corona und das verzögerte Sterben: Chaospolitik und Kirchenversagen» werden strukturelle und persönliche Schwachstellen beleuchtet, welche die Corona-Politik erst möglich gemacht haben.

Die im Buch geschilderten Zustände gehen weit über die Grenze des Erträglichen hinaus! Die Arbeit der Regierung und des BAG war und ist gespickt mit Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit. Eine überforderte Politik hat absurde, widersprüchliche Verfügungen ohne Ende erlassen. Die staatliche Kommunikation tapste angsteinflössend und manipulierend von Fehler zu Fehler. Eine umfassende, kontroverse wissenschaftliche Diskussion im öffentlichen Raum hat der Bundesrat bisher verweigert.

Aufgrund der Panikpolitik und -propaganda verbreitete sich in der Bevölkerung die Todesangst wie ein



Das Büro Ha deckt auf!



Die Aussenhandelszahlen 2020 für die Schweiz sind klar und deutlich. Die Schweiz braucht kein Rahmenabkommen bzw. Knebelvertrag. Der Handel mit der EU stagniert seit Jahren, im Fernen Osten und den USA geht's rapide aufwärts. Das sind die zukünftigen Märkte. Und das Pro-Kopf-Einkommen stagniert seit zehn Jahren – wo ist da der Wohlstandseffekt? Der Mittelstand wird immer ärmer! Und der Bundesrat ist offensichtlich nicht fähig, das zu sehen.

*

Die Pressestelle der UBS erhält den Jahrespreis für die Worthülse des Jahres. Wir zitieren aus dem Bulletin in Sachen Löhne und Boni: Don Sergio (mit gut 13 Millionen «Zapfen») ist weiterhin ein «Vorbild für die UBS-Verhaltensweisen», Ralph Hamers «hat starke Ergebnisse» geliefert und die «UBS entschlossen geführt». Im Klartext: Für zwei Monate Einarbeitungszeit und zwei Monate an der Spitze über 4,2 «Kisten» kassiert. Wir reden vom «Krisenjahr» 2020. Weitere Worthülsen sind überflüssig.

Tis Hagmann

AUS GRENDELMEIERS «REICH DER MENSCHEN»»



Trara! Die Post ist da!

Trara! Die Post ist da!
Trara! Die Post ist da!
Von weitem hör' ich schon den Ton,
und Levrat heisst der Postillion!

Er trägt den Pöstlerhut
aus Filz, der steht im gut!
Als Fuhrmann ist er Könner,
drum braucht er keine Gönner!

Und oben auf dem Bock
in einem roten Rock
hockt eine aus dem Bundesrat
und steuert den Bananen-Staat.

Trara! Die Post ist da!
Trara ! Trara! Trara!

Lauffeuer. Aufgabe der christlichen Kirchen wäre es gewesen, sich öffentlich zu den Themen «Sterben, Tod und Ewigkeit» verlauten zu lassen. Doch sie blieben im Bereich ihres Kerngeschäfts in der Öffentlichkeit weitgehend stumm. Dem Volk fehlte es darum an Orientierung, Ermutigung und Trost. Und der Bundesrat erhielt keinen kirchlichen Widerspruch, seine Politik des verzögerten Sterbens zu überdenken und zu ändern.

Die Darstellung der fatalen Defizite soll zum Widerstand gegen eine fehlgeleitete Corona-Politik motivieren und ein Nein am 13. Juni begünstigen. Unsere politischen Väter und Mütter haben für uns eine Schweiz gegründet, aufgebaut und zum Blühen gebracht, die es entschieden zu verteidigen gilt. Die Schweiz steht für Freiheit, Frieden, Familie, Leistung, Wohlstand und echte Solidarität. Diese Werte gilt es zurückzuerobern!

Daniel Regli



Einzige Persönlichkeit

The Queen – 95

Das einprägsamste Bild der englischen Königin Elisabeth II. übermittelt – das ist unsere ganz persönliche Wertung – Winston Churchill in seinen Memoiren: Er, der eigentliche Held des Zweiten Weltkriegs, erfahrener, mit allen Wassern gewaschener Politiker, war britischer Premierminister, als die junge Elisabeth nach dem Tod ihres Vaters George VI. am 7. Februar 1952 den englischen Thron erbte.

Obwohl Churchill den grossen Einsatz von Prinzessin Elisabeth als unerschrockene Rotkreuzfahrerin während der Bombardierungen Londons durch Görings Luftwaffe vorbehaltlos respektierte, kam es ihm reichlich fremd vor, als Premier fortan allwöchentlich mit einer 26-Jährigen, die ihm fast noch als Mädchen erschien, politische Probleme und die Weltlage zu besprechen.

Der Wissensdurst der jungen Königin, ihre Bereitschaft, wichtige Erfahrungen entgegenzunehmen und aufs ernsthafteste mit ihm zu diskutieren, nötigten Churchill, wie er freimütig bekannte, zunehmend wachsenden Respekt ab vor der jungen Königin.

Insbesondere erkannte Churchill, welch unwägbareren Dienst diese junge Frau ihrem Land leistete. Die politische Polarisierung zwischen Arm und Reich, zwischen konservativer Tradition und sozialistischem Aufbruch war und ist in England wohl ausgeprägter als in Festland-Europa. Indem die Königin ihre Position über den parteipolitischen Auseinandersetzungen ebenso konsequent wie selbstverständlich einnahm und einnimmt, wird sie jederzeit ganz von selbst erkannt als alle Gegensätze überbrückende Integrationsfigur, die Grossbritannien seine Bedeutung und seine Grösse



sichert – gerade auch in der schwierigen Neuorientierung des britischen Weltreichs in einer nach dem Zweiten Weltkrieg von zwei Supermächten dominierten Welt.

Zu ihrem 95. Geburtstag am 21. April 2021 – nur vier Tage nach der Bestattung ihres Gatten Prinz Philip – ist eine neue, bemerkenswerte Biografie

über die englische Königin Elisabeth II. erschienen. Spannend, teilweise aus der Perspektive ihrer Hof Fotografen – welche «ihre» Königin weit näher kennen als die meisten Politiker – wird geschildert, wie sie ab 1952 (gekrönt wurde sie am 12. Juni 1953) das Geschehen in England und weit über England hinaus auf ihre höchstpersönliche Art mitbestimmte.

us

Paola Calvetti: «Die Queen – Elisabeth II., Porträt einer Königin». Piper, München 2021. Einen Bestellschein finden Sie auf Seite 27 der heutigen «Schweizerzeit».

Churz & Bündig

Nicht einmal zu erfolgten Impfungen vermag der Bundesrat eine Glaubwürdigkeit beanspruchende Statistik vorzulegen. Beweis dafür, dass ihm am Impfen wenig, am Einsperren der Bürgerinnen und Bürger und dem davon abgeleiteten Vollmachten-Regime für den Bundesrat um so mehr liegt.

us

Verband Freie KMU

Die existenzbedrohende, vielfach gar existenzzerstörende Stilllegungspolitik des Bundesrats unter Corona-Vorwand lässt in mehreren Regionen der Schweiz Interessenverbände von um ihr Überleben kämpfenden KMU-Unternehmen entstehen.

SOS KMU, von der «Schweizerzeit» ins Leben gerufen, will auf der Grundlage seines Acht-Punkt-Manifests das Überleben der Schweizer KMU-Wirtschaft sichern und sucht dafür den Kontakt mit all den nicht bloss regionale Zielsetzungen vertretenden neuen KMU-Vereinigungen. So auch mit dem «Verband Freie KMU», der vom Oberen Zürichsee aus die Vernetzung sich bedroht fühlender KMU-Unternehmen rasch vortreibt – weil gemeinsames Handeln mehr Durchschlagskraft verspricht.

Der Verband Freie KMU tritt branchenübergreifend für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung im Wirtschaftsleben ein. Er will das Dorf- und Quartierleben in allen Regionen der Schweiz fördern, unter anderem mit schweizweit regionalen Informationsabenden, wo den Menschen gezeigt wird, wie wichtig regionaler Konsum ist und dass bewusste Bevorzugung des Gewerbes in der eigenen Region für nachhaltige Lebensqualität und stabile Arbeitsplatzsicherung unerlässlich ist.



Firststrasse 8, 8835 Feusisberg
www.freie-kmu.ch, sekretariat@freie-kmu.ch

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 13)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Das Jahr 2000 steht ganz im Zeichen grundlegender innen- und aussenpolitischer Weichenstellungen. Am 8. März läuft die Sammelfrist für die **Uno-Beitrittsinitiative** ab. In Bundesbern spielt sich in diesem Zusammenhang Unglaubliches ab: Nachdem der Bundesrat unter der Ägide von Aussenminister **Josef Deiss (der «Mann ohne Schatten»)** die Initiative «Für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» bei den Initianten richtiggehend «bestellt» hatte, rennt er ihnen in seiner Beitrittsbegeisterung nun noch voran. Er macht die Initiative zu seiner eigenen, zur «Chefsache» – ein bislang einmaliger Akt in der Geschichte unseres Bundesstaates.

Trotz massivster Unterstützung durch den Bundesrat, die Bundesverwaltung und fast alle Medien läuft die Unterschriftensammlung relativ schlecht. Das Versagen der Uno in verschiedenen Kriegs- und Konfliktgebieten und das Bewusstsein, dass eine in die politische Uno eingebundene Schweiz zum Werkzeug von Grossmachtinteressen (Sicherheitsrat) degradiert würde und

Sanktionen mittragen müsste, hält viele Schweizer auf Distanz.

Umso mehr beschwören die Mitglieder der Landesregierung die «Notwendigkeit» des Uno-Vollbeitritts. Am Dolder-Meeting vom 25. Januar 2000 in Zürich lässt sich Bundesrat Deiss zu folgender Aussage hinreissen: «Das Fehlen der Schweiz in der Uno ist nicht nur ein Anachronismus, sondern eine chronische Anomalie, und das Abseitsstehen der Schweiz zeugt von einem verschrobenen Exotikum gegenüber 99,9 Prozent der Weltbevölkerung.»

Er appelliert an die 350 Anwesenden, die Initiative zu unterschreiben. Der Diplomat Emanuel Jenni, Leiter der Sektion Uno im Aussendepartement, ruft im Rahmen einer «privaten innerbetrieblichen Sammlung» verwaltungsintern schriftlich dazu auf, die Initiative zu unterschreiben.

Selbstverständlich prangern wir von der Auns diese Machenschaften im Parlament und in der Öffentlichkeit aufs Schärfste an. Sogar die damals noch wenig profilierte «Weltwoche» stellt fest: «Es zeugt, gelinde gesagt, von einem eigenartigen Demokratieverständnis, wenn

Grüner Strom: Sündhaft teuer oder «immer mehr wert»?



Peter Bodenmann, ehemaliger SP-Parteipräsident, darf in der «Weltwoche», regelmässig für die Energiewende (EW) weibeln, so auch in der Nr. 12/21. Dort schrieb er: «...obwohl der Strom dank der rot-grünen Politik in Europa immer mehr wert ist...» Diese Sprachakrobatik muss man sich auf der Zunge

zergehen lassen. Die EW hat in Deutschland zum teuersten und höchstsubventionierten Strom Europas geführt. Durch Misswirtschaft mutwillig verteuert Strom wird im links-grünen Narrativ also zu «wertvollerem» Strom. Selbst viele Anhänger der EW geben im vertraulichen Gespräch zu, dass sie nicht funktioniert. «Noch nicht funktioniert», pflegen sie hastig hinzuzufügen. Dazu ein paar ernüchternde Fakten:

- Promotoren der Energiewende sind fast ausnahmslos technikferne Naturromantiker und Subventionsjäger. Unsere vier Bundesrätinnen, die die Energiewende und den Ausstieg aus der Kernenergie durchgedrückt haben, ebenso alle Mitglieder des deutschen Energiebeirats:

Nicht ein einziger Kraftwerksingenieur oder Kernphysiker gehört dazu. Sie wurden alle hinausgeekelt. Ihr Sachverstand habe gestört. So der Physiker Prof. Lüdecke.

- So lange der Flatterstrom aus Wind und Sonne nicht gespeichert werden kann, funktioniert die EW nicht. Bei Wind und Sonne wird zu viel Strom produziert und überlastet die Netze. Konsumenten bekommen dann Subventionen, wenn sie ihn abnehmen. Der Überflusstrom im Sommer ist also nicht nur nutzlos, sondern schädlich, weshalb er einen negativen Preis bekommt.
- Ob eine künftige Stromversorgung aus Fusionsreaktoren oder Kernkraftwerken der neuesten Generation kommt – oder doch aus speicherbarem Flatterstrom – weiss niemand. Vielleicht funktioniert dann die Elektromobilität und die Heizerei mit Erdsonden und Wärmepumpen. Bis dann sollten wir weder moderne Verbrennungsmotoren noch Ölheizungen verbieten und verschrotten.

Deshalb Nein zum CO₂-Gesetz, zu dieser verfehlten Steuer-, Verbots- und Subventionsvorlage!

Markus Eckstein, Goldach, SG

in der Verwaltung »Politik« gemacht wird. Dieser Tatbestand ist nicht akzeptabel, umso mehr als das Ganze im Widerspruch zu mehreren Volksentscheiden steht.»

Trotz eines äusserst intensiven Abstimmungskampfes wird der Beitritt zur politischen Uno am 3. März 2002 mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Und heute steuern Bundesbern und weitere heimat- und neutralitätsmüde Parteien und Kreise mit allen Mitteln bereits den Sicherheitsrat an.

*

Am 21. Mai 2000 folgt die Abstimmung über das **bilaterale Vertragspaket Schweiz-EU (Bilaterale I)**. Weil der bevorstehende Referendumskampf gegen den Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland vor der Tür steht und bald auch die Uno-Abstimmung (s. oben) verzichtet der Auns-Vorstand nach intensiver Debatte auf eine Parolenfassung zu den Bilateralen I. Dies mit folgender Begründung: Die bilateralen Verträge bringen unserem Land neben unwesentlichen Vorteilen zwar grosse innenpolitische Nachteile. **Unsere Unabhängigkeit und die Neutralität bleiben mit den Bilateralen I jedoch gewahrt.** Die Auns muss sich auf ihren Kernauftrag – die Wahrung dieser zentralen Staatssäulen – konzentrieren. Das heisst: Keine Schweizer Soldaten im Ausland. Nein zum Beitritt zur politischen Uno. Nein zum EU-Beitritt!

*

Aufgrund der unseligen (Nato-) «Partnerschaft für den Frieden» (1996) will der Bundesrat unbedingt **Schweizer Soldaten zur sogenannten «Friedensförderung»**

ins Ausland schicken, dies insbesondere in den durch das Dayton-Abkommen «befriedeten» Kosovo. Statt unsere einzigartige Stellung als Neutraler für Gute Dienste, humanitäre Aufgaben und Friedensdiplomatie einzusetzen, will der Bundesrat auch «dabei sein, wo international Frieden und Stabilität» verkündet und gefördert werden. Zum diesem Zweck will er das Militärgesetz ändern – mit den Vorlagen «Bewaffnung» und «Ausbildungszusammenarbeit».

Der herausragende Divisionär und Militärstrategie Dr. iur. **Hans Bachofner** (1931–2012) ehemals Kommandant der Zentralschulen und der Generalstabskurse sowie Stabschef für operative Schulung, kritisiert in der «Weltwoche» vom 17.2.2000 den (un-)sicherheitspolitischen Kurs des Bundesrates («Sicherheit durch Kooperation») scharf und meint bezüglich dem Kosovo:



«*Im Kosovo fehlen Polizisten, nicht Soldaten und bewaffnete Dachdecker.*» Die Fixierung unserer Sicherheitspolitik auf Auslandseinsätze im Sog der Nato sei falsch.

Die Bekämpfung der unsinnigen, neutralitätswidrigen Auslandseinsätze ist in den Jahren 2000/2001 eine Kernaufgabe der Auns. Wir lancieren das Referendum «Keine Schweizer Soldaten im Ausland! Keine ausländischen Soldaten in der Schweiz!» Wir organisieren Pressekonferenzen, öffentliche Veranstaltungen, wir verfassen Argumentarien, organisieren Plakataktionen, Standaktionen, Leserbriefkurse und dergleichen.

Unsere Argumentation lautet wie folgt: Bei der sogenannten Bewaffnungsvorlage geht es nicht darum, Schweizer Soldaten im Ausland zum Selbstschutz ein wenig zu bewaffnen. Es geht um die Teilnahme an ausländischen Konflikten und letztlich um die Nato-Einbindung und den Nato-Beitritt. Dieses gefährliche Spiel mit dem Krieg widerspricht unserer Neutralität. Wer zur Waffe greift, wird zwangsläufig zur Konfliktpartei. Unsere Soldaten würden von Grossmachtinteressen geführte Marionetten. Der Schweizer Bürger ist zugleich Soldat in unserer Widerstandsarmee. Er muss bereit sein, im Notfall sein Leben einzusetzen für unser Land. Im Ausland hat er nichts verloren. Die Vorlage zur «Ausbildungszusammenarbeit» soll den Weg bereiten, um unsere Armee «interoperabel», also Nato-unterstellungsfähig zu machen. Beide Vorlagen müssen deshalb abgelehnt werden.

Leider wird die Änderung des Militärgesetzes am 10. Juni 2001 dennoch mit 51 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Und der sicherheitspolitische Irrweg wird in der Folge weitergeführt bis hin zur aktuellen «weiterentwickelten Armee» (WEA), die ihren Verfassungsauftrag nicht mehr erfüllen kann.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.

Preis bis Ende 2021: Fr. 60.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehlarmed?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an

Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen?

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

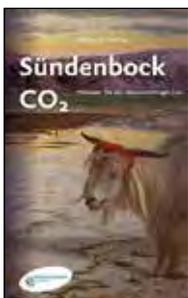
Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Macht-Eliten wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staats-

ordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft Europas immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 30.60

AKTUELL



Sündenbock CO₂

Plädoyer für ein lebenswichtiges Gas

Markus O. Häring

Man tut im Blick auf die CO₂-Abstimmung so, als würde die Menschheit vom CO₂ vergiftet. Sachliche Auseinandersetzung mit der lebensnotwendigen Bedeutung von CO₂ ist entsprechend angebracht. Markus O. Häring, ausgewiesener Kenner der Energie-Problematik, sich seit Jahren für die Entwicklung nachhaltiger Ressourcen einsetzend, tritt den Angstmachern entgegen, die mit der Energiewende die freiheitliche Wirtschaftsordnung ihrer Macht unterwerfen wollen

Carnot-Cournot, Basel 2017, 180 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.80



Noch normal – Das lässt sich gendern!

Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung

Birgit Kelle

Gender Politik, die Forderung nach freier – je nach Umständen wechselnder – Geschlechtswahl: Das wäre das Ende der Familie, das wäre die umfassende Gesellschafts-Beherrschung

durch die Staatsbürokratie. So wie Linksgrün solche Gender-Ziele beweihräuchert, so entschieden tritt ihnen die brillante Publizistin Birgit Kelle entgegen: Sie hält den Gender-Politikern den Spiegel der von ihnen angestrebten Gesellschafts-Zerstörung vor.

Finanzbuch, München 2020, 302 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–



Unerwünschte Wahrheiten

Was Sie über den Klimawandel wissen sollten

Fritz Vahrenholt, Sebastian Lüning

Seit die Menschheit das Klima wahrnimmt, ist das Klima Veränderungen unterworfen. Wärmeperioden wechselten mit Kälteperioden ab. Eine Tatsache, welche die Forscher

im UNO-Klimarat und ihre Anhänger hierzulande konsequent unterdrücken. Die behauptete Abhängigkeit der Temperatur vom CO₂-Ausstoss ist nicht belegbar.

Langenmüller, München 2020, 347 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 30.50



Die Queen

Elisabeth II. – Porträt einer Königin

Paola Calvetti

Zum 95. Geburtstag der englischen Königin erscheint eine neue Biografie dieser aussergewöhnlichen Persönlichkeit. Sie verzichtet ganz auf Hofklatsch – lässt vielmehr Menschen zu Wort kommen, welche die englische

Monarchin aus der Nähe kennengelernt haben. Ihre Position als Integrationsfigur Englands über alle Parteien hinweg wird eindrücklich lebendig.

Beachten Sie den Artikel auf Seite 23 der heutigen «Schweizerzeit».

Piper, München 2021, 329 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 30.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.80

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Rabbi Klein-Krimibox

Fünf Kriminalromane

Alfred Bodenheimer

Ein Leckerbissen von Hörbuch. Der in Zürich wirkende Rabbi Gabriel Klein versieht seinen Dienst – und wird, nicht ganz zufällig,

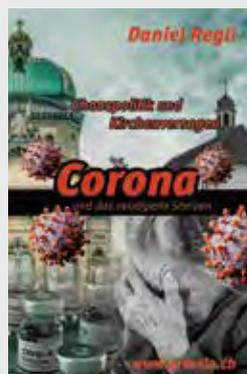
immer wieder mit verschlungenen Kriminalfällen konfrontiert, die seinen Spürsinn herausfordern. Fünf wahrhaft spannende Kriminalgeschichten werden auf fünf MP3-CDs präsentiert. Zürich ist der Schauplatz. Im Mittelpunkt stehen Charaktere, wie man sie in Zürich eben antrifft – gleichsam aus dem Zürcher Alltag heraus.

Darüber hinaus erfährt man viel über das Alltagsleben in einer ganz normalen jüdischen Gemeinde. Die Gestaltung jüdischer Festtage verschafft Einblicke in ein Geschehen, das sich in unserer nächsten Nähe abspielt, wovon aber nur Wenige mehr als die Namen der Festtage kennen. Interessante Informationen, eingekleidet in spannende Geschichten – ein einmaliges Krimi-Rezept.

Hörkultur, Kaltbrunn SG, 5 je einen Krimi vermittelnde Mp3-CDs, gesamte Hördauer rund 28 1/2 Std., (Richtpreis Fr. 39.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 35.55

Hörbücher: Gehaltvolle Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Eine wohldurchdachte Auseinandersetzung mit der vom Bundesrat mit Sondervollmachten durchgesetzten Corona-Politik.

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund. Es wird klar, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

An den Folgen der mit Corona-Bekämpfung begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie, die sich von einer selbsternannten Task-Force antreiben liess, dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben. Das Buch könnte eine wissenschaftliche Diskussion einleiten, welche die schädliche Rechthaberei Bundesberns endlich in den Senkel stellt.

us

Daniel Regli: «Corona und das verzögerte Sterben – Chaospolitik und Kirchenversagen». Artesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr.15.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.50

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm à Fr. 19.70
 Beat Kappeler – Der Superstaat à Fr. 30.60

Aktuell

- Markus O. Häring – Sündenbock CO₂ à Fr. 26.80
 Birgit Kelle – Noch normal – Das lässt sich ... à Fr. 26.—
 Vahrenholt, Lüning – Unerwünschte Wahrheiten à Fr. 30.50
 Paola Calvetti – Die Queen à Fr. 27.80

Hörbuch

- Alfred Bodenheimer – Rabbi Klein-Krimibox à Fr. 35.55

Buchzeichen

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben à Fr. 13.50

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(08/16.04.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 16. April 2021

Magazin

Schweizer KMU-Wirtschaft am Abgrund

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Nationalrat Andreas Glarner

Freitag, 23. April 2021

Magazin

Leben in verschiedenen Milieus

Hermann Lei im Gespräch mit Staranwalt Valentin Landmann

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

30. April 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Reputationsschaden: Für wen?

In der Raiffeisenbank Zug/Baar walten Oberzensoren, die sich vom Wind des Zeitgeistes tragen lassen. Weil dieser Zeitgeist «gendergerecht» und regenbogenfarben geschwängert ist und man gerne zu den Guten gehören möchte, geschäftet man freimütig mit Vereinen der LGBT-Lobby (Nicht-heterosexuelle Interessenvertreter).

Als kürzlich der Trägerverein des Referendumskomitees «Nein zur Ehe für alle» anklopfte, wimmelte man dagegen ab. Die Bank vermied es tunlichst, ihre Absage schriftlich zu begründen – wohlwissend, dass sie sachlich nicht begründbar gewesen wäre. Beharrliches Intervenieren des Komitees entlockte einem Bankmitarbeiter schliesslich die Bestätigung, dass die Vorgesetzten einen «Reputationsschaden» befürchteten. Sie haben richtig gelesen: Genau die Bank, die Pierin Vincenz (dieses Jahr vor Gericht wegen Betrug und Veruntreuung) als CEO jahrelang gewähren liess, befürchtet eine Rufschädigung, weil ein Komitee bei ihr ein Konto eröffnen will... Genau mein Humor.

Dass demokratisch gesinnte Komitees boykottiert werden – bloss, weil ihr Vereinszweck als «politisch nicht korrekt» angesehen wird –, ist eine weitere Etappe im stetigen Niedergang des hiesigen Meinungsklimas. Im letzten Jahr verbannte eine Migros-Filiale den Mohrenkopf, und

PostFinance trennte sich von einer Werbebotschafterin, die sich über eine «Black Lives Matter»-Demo aufregte: Einst stolze Schweizer Konzerne verschwenden ihre Energie damit, mit dem Strom zu schwimmen und sich als politische Akteure instrumentalisieren zu lassen.

Der besagte Trägerverein gab sich gegenüber Raiffeisen explizit als heterosexuell und christlich orientiert zu verstehen. So ist es ein äusserst kluger Schachzug, dass er den Spiess nun für einmal umdreht und die Bankfiliale wegen Verstosses gegen die «Diskriminierungs-Strafnorm» (den leidigen StGB-Artikel 261bis) anzeigt. Wenn dieser unnütze, zur Einschränkung der Meinungsfreiheit installierte Paragraph schon in Kraft ist, wollen wir jetzt mal sehen, ob damit auch wirklich alle Diskriminierten geschützt werden – oder ob er bloss den «richtigen Minderheiten» vorbehalten ist.

Der Fall Raiffeisen darf in seiner Tragweite nicht unterschätzt werden. Erfährt das inakzeptable Verhalten selbstgefälliger Bankvorstände jetzt keinen lauten Widerspruch, folgen nach den «Ehe für alle»-Gegnern womöglich schon bald die nächsten Ausgegrenzten: In naher Zukunft könnten auch Einwanderungs-Kritiker, EU-Gegner und Armeefreunde ohne Konten dastehen.

Anian Liebrand